

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**31. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 28. Februar 2019**

**(16.00 Uhr bis 21.18 Uhr)**

5.	Verabschiedung der Tagesordnung II .....	39
6.1	Entwurf Haushalt 2019 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2019 - 2022 .....	39
	Vortrag des Magistrats vom 02.11.2018, M 199	
6.2	Paket für die Zukunftsfähigkeit Frankfurts - Umsetzung verschiedener Maßnahmen zum Haushalt 2019 ff. ....	39
	Vortrag des Magistrats vom 25.01.2019, M 12	
<b>6.3</b>	<b>Stellenplan 2019</b> .....	39
	Vortrag des Magistrats vom 02.11.2018, M 205	
<b>6.4</b>	<b>Aussprache und Schlussabstimmung</b> .....	39
	Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU: .....	39
	Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	44
	Stadtverordnete Jessica Purkhardt, GRÜNE: .....	47
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	52
	Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.: .....	56
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	59
	Stadtverordneter Mathias Mund, BFF: .....	62
	Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION: .....	67
	Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER: .....	70
	<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>70</b>
	Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.: .....	74
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.: .....	75
	<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>76</b>
	Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.: .....	77

Trikot liegt aber noch übel riechend von der letzten durchzechten Nacht der letzten Heimniederlage in der Ecke und Ihr Frust war so groß, dass Sie das Trikot nicht waschen konnten. Kein Problem, streifen Sie einfach das Auswärtstrikot von Kickers Offenbach über. Der Unterschied wird garantiert nicht auffallen, denn Farbe, Schnitt und Hersteller sind absolut identisch.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie beherzigen diese Tipps und geben diese auch an Ihre Putzkraft weiter. Man sollte Menschen, die man unter Mindestlohn bezahlt, so wie ich das tue, wenigstens die Arbeit erleichtern. Sie sehen, mit dem richtigen Know-how ist so ein bisschen Haushalt schnell und effektiv erledigt.

Ich danke Ihnen, grüßen Sie Ihre Putzkraft schön, und ich möchte das auch so verstanden wissen, dass ich mich hiermit als Nacktbürgermeister bewerbe.

Vielen Dank!

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Brillante von den FRANKFURTERN. Bitte schön!

**Stadtverordneter Luigi Brillante,  
FRANKFURTER:**

Herr Vorsteher,  
meine Damen und Herren!

Ich muss jetzt nach meinem Vorredner reden und muss sagen, dass ich es gar nicht lustig fand.

(Beifall)

Ich fand es unwürdig und gestehe, dass ich jetzt Probleme habe, da einzusteigen. Am liebsten würde ich gar nicht reden und ich will gar nicht reden.

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön, Herr Brillante! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Bitte!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Ich kann es verstehen, aber ein bisschen was muss man schon dazu sagen. Unter lustig verstehe ich etwas anderes. Vor allen Dingen geht es hier um sehr wichtige Sachen. Ich weiß nicht, ob das hier der Punkt ist, an dem man versucht, das so lustig darzustellen und dann so daneben ist. An Karneval und Fastnacht habe ich schon bessere Sachen gehört. Das nur so nebenbei.

(Beifall)

Worum es hier geht, es geht weiter. Aber frecher und unverschämter. Es ist ein täuschender Versuch eines Befriedungshaushaltes, der im Kern eine Fortsetzung der sozialen Spaltung beinhaltet, eine Fortsetzung der Zerstörung ökologischer Qualität, Lebensqualität. Hier wird mit alten Rezepten weiter gearbeitet, um das zuzudecken. Der Doppelhaushalt ist nur einer der Punkte. Was man zudecken will, ist noch nie so offen genannt worden wie diesmal. Ich werde später noch dazu kommen. Es geht um Parteienfilz. Es geht um Immobilienkapital und um die sogenannte Stadtelite. Um deren Interessen durchsetzen zu können, baut man in diesen Haushalt kleine Leckerlis für die Bürger ein, um das Ganze erträglicher zu machen und zuzudecken, dass man überhaupt nicht den Willen hat, irgendeinen Umbau in dieser Stadt in irgendeine Richtung voranzutreiben. Es wird keine Verkehrswende und keine Energiewende geben und die Stadt wird nicht klimaverträglicher werden. All das ist heute praktisch mit Zahlen zugedeckt worden. Darüber ist nicht offen geredet worden. Aber in die Richtung geht es.

Im Detail verhält man sich einmal unglaublich knauserig. Geil, bis 14 Jahre darf man kostenlos ins Schwimmbad; die, die älter sind, dürfen das nicht. Nulltarif gibt es nicht, aber

wir geben hier einmal ein bisschen was für die Tarife und da ein bisschen was. Ökologische Zerstörung: Ja, wir machen weiter, dass wir hier ein bisschen an der Schraube drehen. Fünf Bäume mehr hier und sechs Büsche mehr dort. Irgendwelche technokratischen Maßnahmen und die großen Zerstörungen laufen weiter. Aber der Unterschied ist, dass man gemerkt hat, dass draußen die Bürger - auch die GRÜNEN haben es gemerkt - nicht mehr mit dieser Politik einverstanden sind. Es gibt Widerstand in den Stadtteilen gegen die Zerstörung der freien Flächen, gegen die Zerstörung der Grünflächen, weil sie auch merken, dass es ihrer Gesundheit und Lebensqualität schadet.

Was macht man? Man macht einen Kompromiss, und der lautet dann wie bei der Autobahndeckelung, man macht L 2. Man repariert eine Wunde in der Stadt bis zu einem bestimmten Punkt. Aber die letzten 20 Millionen Euro, da ist man dann doch zu knauserig, da geht es nur um Anwohner, Altenwohnheime und so weiter. Da noch die Galerie dicht machen, das brauchen wir für die Befriedung nicht, es reicht dieser Deckel. Dann hoffen wir, dass wir die Spaltung der Bürger hinbekommen und unsere Politik bei der nächsten Kommunalwahl weitermachen können. Das ist die Intension dieses Haushaltes und nichts anderes.

(Beifall)

Das kann man immer wieder feststellen. Aber so frech wie dieses Mal war es noch nie. Soziale Verantwortungslosigkeit spiegelt sich aber auch in anderen Sachen wider. Wenn in der Wohnungspolitik Versprechen abgeliefert werden, dass man jetzt Grund und Boden aufkaufen will und die Stadtpolitik wieder in den Griff kriegen will, all das geschieht nicht. Es geschieht das genaue Gegenteil. Die Gentrifizierung wird fortgeführt, die Verkaufspolitik wird fortgeführt, es gibt keine Milieuschutzsatzung in den zentralen Bereichen, da wo Kapital investiert wird, in der Innenstadt. Das können wir nicht machen. Da gibt es keinen Aufwertungsdruck. Das sind keine Gründerzeitviertel. Nordend, das eine Viertel bekommt eine Milieuschutzsatzung, das andere Viertel bekommt keine Milieuschutzsatzung. Für wie blöd haltet ihr eigentlich die Bürger? Für wie blöd wollt ihr eigentlich die Leute verkaufen? Ein Teil wird geschützt, der

andere Teil wird nicht geschützt. Es ist einfach nur noch ätzend, was ihr hier für eine Politik macht. Das dazu.

(Beifall)

Und dann noch Wohnungsbauförderung betreiben. Wohnungsbauförderung, wo man den privaten Investoren wie Instone, die uns da vorne die Grüne Lunge kaputt machen und die Grundstücke aufkaufen, noch mehr Geld in den Arsch schiebt. Noch mehr Wohnungsbauförderung. Das fördert ihr auch.

(Zurufe)

Wenn man hier jetzt wirklich etwas in den Griff bekommen will, das ist die andere Forderung aus dem Mietentscheid, hundert Prozent eigener Wohnungsbau, sozialer Wohnungsbau der Stadt, und auf der anderen Seite müsste es eine restriktive Politik gegen das Immobilienkapital geben. Aber dazu ist keiner in der Lage. Die führenden Figuren, Uli Baier, einer der führenden Architekturen, die Frankfurt ausverkauft haben, für die Türme des Kapitals, für die Selbstdarstellung, für die Herrlichkeit dieser Fritzen, die die Stadt den Bürgern immer mehr entfremden. Unglaublich, was da in den letzten Jahrzehnten an sozialer Struktur, an Stadt, an Stadtgefühl, an Lebensqualität und so weiter zerstört worden ist. Ich kann es gar nicht mehr aussprechen. Ich glaube, meine Worte würden hier nicht mehr geduldet werden.

Aber ganz offen wird es bei der Kultur. Das ist dann wirklich der Hammer. Auf der einen Seite müssen wir sparen, weil wir kein Geld haben. Wir zahlen alle unsere Steuern, aber Gewerbesteuer erhöhen, nein. Wir müssen die Konzerne schonen, 460 Punkte, Leute 1998, das wäre das Niveau von 660 Punkten. Ich habe es hier schon zimal gesagt. Die Linkspartei ist immer noch so vorsichtig und macht dann 490 Punkte - ich habe es jetzt nicht genau im Kopf. Das ist lächerlich. Die Belastung der Konzerne, die wir 1998 hatten, und sie hatten da schon satte Gewinne, die wollt ihr nicht einmal ein bisschen andröpseln. Dann wäre das Problem, was von rechts hier immer hochgehalten wird, oh die Verschuldung - und von rechts meine ich wieder die Einheit von FDP und AfD -, wir müssen einen ausgeglichenen Haushalt haben.

(Zurufe)

Das fordern beide. Ihr habt nichts anderes im Kopf, als die Ausgeglichenheit der Finanzen. Die Menschen sind euch scheißegal. Das dazu.

(Beifall, Zurufe)

Zu der kulturellen Verschwendungssucht, das ist wirklich der geile Hammer. Wie schafft man es, Bürger davon zu überzeugen, die es wahrscheinlich ablehnen, dass eine Milliarde Euro für die Alte Oper und für das Schauspielhaus ausgegeben wird? Da denkt man sich ein Theaterspiel aus, wie ich das schon einmal kenne. Das hatten wir schon einmal beim IG Metall-Hochhaus, wo ein Martin Wentz auftrat, wenn das Immobilienkapital da bauen darf, dann will ich das IG Metall-Hochhaus bauen. Warum soll die Gewerkschaft nicht auch etwas haben. In Wirklichkeit wollte er nur den Auftrag haben, dieses Ding da bauen und sich verewigen. Jetzt tritt noch einmal Herr Wentz hervor - in einer fortgeschrittenen Altersperiode - und sagt: Ich rette die Stadt. Ich hole euch Bürger mit Geld ran und bin ganz selbstlos. Ich hole euch Bürger mit Geld ran, die spenden fünf Millionen Euro hier und fünf Millionen Euro dort, und dann bauen wir eine völlig neue Oper am Wasser und übertrumpfen Hamburg. Das sagt er jetzt nicht, aber das denkt er. Aber was denkt er eigentlich? Außerdem frage ich mich, was die SPD bei diesem Theaterspiel denkt. Er weiß, dass er das alleine nicht schafft und den Auftrag nicht bekommt. Er schafft dann also diese Stiftung und holt sich die Stiftung ran. Dann kommt das Geilste überhaupt. Ich bin auf die Stellungnahme der Kulturdezernentin gespannt, die es irgendwann einmal gibt. Dann wird gesagt, wir machen einen Architekturwettbewerb. Wer macht den Architekturwettbewerb - die Stadt? Nein, den Architekturwettbewerb soll diese Stiftung machen. Wer hat die Stiftung rangeholt? Der Herr Wentz. Wer beteiligt sich am Architekturwettbewerb? Der Herr Wentz. Geil.

Diese Art von Politik habe ich seit den Siebzigerjahren der SPD hassen gelernt. Diese Parteischeiße, dieser Filz, ist unglaublich. Damit muss irgendwann einmal Schluss sein. Ich hoffe, ihr kommt damit nicht durch. Was

da versucht wird, ist so unglaublich. Und dass die GRÜNEN oder auch die CDU bisher überhaupt hier mitgespielt haben, verstehe ich nicht. Dass da etwas Vernünftiges hin muss, darüber sind wir uns einig. Aber spielt doch den Bürgern nicht vor, dass ihr noch die Sanierung wollt. Das ganze Gutachten ist doch eine Farce. Jeder weiß, dass ihr alle oder die Mehrheit hier darüber nachdenkt, ihr wollt doch nur noch einen Neubau machen. Ihr wollt doch gar nicht mehr sanieren. Da wird dann vorgegaukelt, dass es billiger ist. Manchmal ist ein Neubau billiger, aber ich glaube nicht, dass das der Hintergrund hier ist. Hier geht es um ganz andere Sachen. Hier geht es darum, dass sich eine Regierungskoalition wahlfähig machen will für die nächste Kommunalwahl. Dieser Haushalt bereitet alles vor, um vorzutäuschen, wir gehen voran, wir ändern hier in der Stadt etwas, und in Wirklichkeit wird sich in diesen zwei Jahren gar nichts ändern. Es wird zerstört wie bisher, es geht weiter, es werden kleine Sachen gemacht, für die sozialen Probleme wird einmal hier ein bisschen gekleckert, da ein Klecker, aber die großen Probleme, zum Beispiel das Problem der Obdachlosigkeit, das schiebt man weg. Es ist scheißegal, ob auf der Straße Leute verrotten. Ein kleines Land wie Finnland ist da fortschrittlicher als unsere Stadt. Es ist unglaublich, wie diese Stadt an den Menschen und an der Natur vorbeiplant und vorbeiarbeitet, verachtend gegenüber diesen beiden Ressourcen vorgeht und sich dann auch noch positiv darstellt. Wobei natürlich, früher hatte die Presse mehr Ressourcen und konnte mehr recherchieren, da wärt ihr vielleicht nicht so leicht durchgekommen. Jetzt kommt ihr mit vielen Sachen leichter durch.

Dann kommen so Worte wie „Verkehrswende“. Was ist denn die Verkehrswende? Ach, wir schaffen einmal zwei Busse zur Probe an, Wasserstoffbusse und noch etwas. Dann wird groß getönt - das muss die Presse dann bringen, denn das ist ihre Existenzberechtigung -, eine Fahrspur nehmen wir für die Fahrräder weg. Was wird aus der Fahrspur? Eine Autofahrspur. In der Friedberger Landstraße wird dann so ein Teil draus oder sagen wir einmal 1,5 Meter. Und dann ist Schluss. Das ändert gar nichts. Ihr kapiert nicht, dass sich hier in der Stadt etwas gewaltig verändert hat. Es geht nicht um die Einwohnerzahl, sondern um eine andere Dy-

namik. Es geht um andere Verkehrsmittel und um andere Verantwortlichkeiten, die wir haben. Das ist gegenüber der Natur genauso. Da gibt es keine Sensibilität. Ihr redet nur darüber, wie können wir unsere alte Politik draußen verkaufen. Das ätzt, das ätzt wirklich, vor allen Dingen bei Leuten, die schon länger hier im Parlament sitzen und eigentlich selbst fühlen müssten, was in dieser Stadt alles kaputt ist und wo es einen Investitionsstau gibt und vieles andere.

Zur Gewerbesteuer habe ich schon gesagt, man rechnet sich arm, indem man da die Steuer nicht erhöht. Man nimmt es dazu, um soziale und ökologische Sachen einzusparen, und auf der anderen Seite wird hier hinter den Kulissen über Milliarden Euro für Projekte verhandelt, die man selbst braucht, um gut dazustehen. Und was passiert dann noch? Alles, was ich hier schildere, hat auch einen Unterbau. Hier wird von den GRÜNEN, von CDU und SPD systematische Hintertreibung von organisiertem Bürgerprotest, von der Zivilgesellschaft betrieben. Es gibt einen Mietentscheid, ...

(Zurufe)

... einhundert Prozent ABG. Es gibt einen Radentscheid und es wird zumindest versucht, einen Grünflächenentscheid hinzubekommen. Herr Römer, ich hoffe, irgendwann sind die Unterschriften zusammen. Das kümmert hier überhaupt nicht. Es wird nur darüber geredet: Oh, können wir das überhaupt anerkennen? Juristisch ist das nicht richtig, da finden wir noch einen wunden Punkt. Dann wird hinter den Kulissen verhandelt mit dem Radentscheid. Wo können wir uns einigen, könnt ihr darauf und darauf verzichten? Und dann kommt wieder irgendein weißer Strich, vielleicht noch die eine oder andere Fahrradschnellstraße, vielleicht noch ein halbes Milieuschutzgebiet irgendwo in der Wohnungspolitik oder sonstwas. Das ist alles. Und es geht weiter so. It goes on und ihr hofft, dass es die Bürger bei der Kommunalwahl nicht merken.

Ich und auch andere werden dafür arbeiten, dass sie es merken. Ob wir es schaffen, ist offen. Aber ich glaube, dass sich tatsächlich immer weniger Menschen von diesem Spiegelhaushalt täuschen lassen. Erst einmal werden die Leute bei uns im Nordend, Born-

heim - L 2 ist ein Fortschritt -, sagen: Ja, das seid nicht ihr, sondern das sind wir. Unser Widerstand vor Ort hat überhaupt möglich gemacht, dass es einen Kompromiss in dieser Richtung gibt. Diese lächerlichen 400 Meter, die dort über Monate diskutiert wurden, die überhaupt nichts in die eine oder andere Richtung bewegt haben, immerhin L 2. Aber dann hört es schon wieder auf, L 1 will man auf keinen Fall.

Ich denke mir, dass sich bei der nächsten Kommunalwahl einiges bewegen und verändern wird. Ob es sich in die richtige Richtung verändert, weiß ich nicht. Aber ich glaube, diese Koalition, die sich gegenseitig völlig ausbremst, vielleicht sogar auch deckungsgleiche Interessen hat, wird da an ihr Ende kommen. Dazu werden wir auch beitragen, dass sie an ihr Ende kommt. Auch diese ganze Heimlichtuerei mit Doppelhaushalten, das man das ein Jahr vorher macht, sind alles so halb gefakte Sachen. Hier finden Debatten statt, da blickt doch kaum noch einer in der Stadt durch, worum es überhaupt geht. Die Interessen werden zugedeckt. Wir machen die Interessen öffentlich, wir unterstützen die Bürger, die sich organisieren, und wir treiben auch nicht voran, wie das CDU, FDP und andere machen, dass wir die Gemeinnützigkeit der Zivilgesellschaft entziehen. Da geht es nicht nur um Attac, in NRW - das ist so etwas von historisch selbstvergessen - wird versucht, der VVN die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Das ist etwas, was Adenauer schon einmal versucht hat und woran er gescheitert ist. Er ist damals in die USA gefahren und musste sich von denen belehren lassen, dass er das auf keinen Fall machen darf. Das kann man so kurz nach dem Krieg und nach den Massenmorden, die es da gegeben hat, und nach der Vernichtung von Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma und so weiter nicht durchziehen. Was läuft in dieser Republik, dass von den herrschenden Parteien eine Einengung, keine Vernichtung, eine Einengung betrieben wird und man versucht, die Wirkungslosigkeit der Zivilgesellschaft wieder zu etablieren. Alle Sachen, alle Ringe, die sie sich erarbeitet haben, mehr finanzielle Sicherheit, alle Erfolge, die sie haben, Verbandsklagerecht der Naturverbände, all das wollt ihr rückgängig machen, und dagegen werden wir anstinken und versuchen, das zu verhindern. Eure reaktionäre Politik muss gestoppt werden.



Danke!

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Der nächste Redner ist Herr Müller von der LINKEN. Bitte!

**Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:**

Frau Vorsteherin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wurde in der Haushaltsdebatte oft gesagt, dass sich Frankfurt verändert hat. Ja, Frankfurt wächst. Aber wissen Sie, was sich auch verändert hat oder was gewachsen ist? Der Druck auf die Stadt. Frankfurt ist ein Investitionsobjekt geworden. Frankfurt ist mittlerweile ein Spekulationsobjekt für den global agierenden Kapitalismus. Ich muss es so sagen. Deswegen sehen wir uns mit dem jetzt herausgefordert. Ich möchte einmal Uli Baier zitieren, er hat im Ausschuss für Planung, Bau und Wohnungsbau gesagt: Sie wissen gar nicht, ob die Firma Instone, die die Grundstücke im Innovationsquartier entwickelt, überhaupt ein sogenannter Investor ist, der spekulativ agiert. Herr zu Löwenstein, Sie haben im Haupt- und Finanzausschuss gesagt: Spekulativer Leerstand und Firmen, die Wohnungen und Häuser leer stehen lassen mit der Hoffnung, später höhere Renditen zu kassieren, das wäre eine Schimäre, das gibt es doch so gar nicht. Sie verkennen die Realität in dieser Stadt und in diesem Land, mit der nämlich die Menschen konfrontiert sind und auf die eine solide soziale Haushaltspolitik Antwort geben muss. Wir als LINKE. geben darauf Antworten. Sie als CDU, SPD und GRÜNE schleppen sich die nächsten zwei Jahre noch so dahin. Das hat man doch bei den drei Reden der drei Koalitionsparteien gemerkt. Das war kraftlos, ohne Enthusiasmus, ohne Vision und einfach so dahingeredet. Ich stelle Ihnen einmal eine Frage: An wen waren diese drei Reden denn adressiert? Sie waren doch nicht an die Menschen adressiert, für die wir den Haushalt aufstellen. Im besten Fall waren sie an ihre Partei-

freundinnen und Parteifreunde, an ihre Koalitionspartnerinnen und Koalitionspartner adressiert, und das hat man dieser Haushaltsdebatte auch angemerkt.

(Beifall)

Herr zu Löwenstein, Sie haben wenigstens ein bisschen Ehrlichkeit bewiesen, indem Sie gesagt haben, Wachstum wäre keine hinreichende Rechtfertigung für Investitionen. Was denn dann, meine Damen und Herren? Wenn nicht Wachstum, das die Stadt vor Herausforderungen stellt, Wachstum, das Menschen in die Bredouille bringt, ob sie sich eine neue Wohnung leisten können. Nein, Wachstum ist der höchste Grund, um zu investieren. Wenn Sie das negieren, dann zeigt das nur, wie wenig Ihnen an einer sozialen Haushaltspolitik liegt, lieber Herr zu Löwenstein. Noch etwas möchte ich Ihnen sagen: Sie haben dann in Ihrer Rede Herrn Beuth zitiert und ihn als Kronzeugen für die Argumentation verwendet, warum man den Haushalt konsolidieren muss. Von diesem Unsicherheitsminister lasse ich mir doch gar nichts mehr sagen. Er hat es quasi nicht einmal bewiesen, das was bei der Eintracht passiert ist, auch nur annähernd zu bedauern. Den kann man doch nicht als Kronzeugen für irgendetwas heranziehen.

(Beifall, Zurufe)

Ich finde es ganz interessant, dass Sie scheinbar doch immer zuhören, wenn ich etwas sage, Herr zu Löwenstein. Wenn Sie das Ganze zwar als Sirenenengesang bezeichnen, merkt man aber doch, dass Sie zuhören, weil ein Sirenenengesang ein Gesang ist, dem man nicht widerstehen kann. Scheinbar können Sie ja der Argumentation der LINKEN überhaupt nicht mehr widerstehen, so oft wie Sie auf meine Argumente eingehen. Von daher freut mich das sehr, auch wenn natürlich die Schlüsse, die Sie daraus ziehen, falsch sind, weil wir, wenn wir nicht in die Zukunft investieren, letztlich die Zukunft unserer Menschen verschlafen, auch die Zukunft der nachkommenden Generationen verschlafen. Noch einen Punkt möchte ich Ihnen sagen. Ja, die Wachstumsimpulse, die daraus generiert werden, wenn wir jetzt investieren, wenn wir jetzt bei einem historisch niedrigen Zinsumfeld investieren, die sind doch immer stärker als die Schuldentrückführungsaufwendun-

Die ABG muss auch Profite machen.“ Stadtrat Josef legt nach: „15.000 Personen sind auf der ABG-Liste und warten auf eine frei finanzierte Wohnung.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Koalition hat immer noch nicht verstanden, dass sich etwa 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt die frei finanzierten Wohnungen nicht leisten können und dringend geförderte Wohnungen brauchen. Die ABG und die Nassauische Heimstätte haben zusammen mehr als 68.000 Wohnungen in Frankfurt. Sie könnten die eigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht nehmen und die Mieten in der Stadt deutlich beeinflussen und die Mietexplosion eindämmen. Der freie Markt hat Profit- und Renditeinteressen, deshalb brauchen wir die öffentliche Hand, die die soziale und bezahlbare Wohnungsversorgung tatsächlich bereitstellt.

Der neue zweite Förderweg ist eine Mieterhöhung per Gesetz. Die Mieten in drei Stufen bis 10,50 Euro stadtwweit festzulegen, ist ein gravierender Fehler, den die Koalition gemacht hat. Aber auch im Bereich Milieuschutzsatzung passiert nichts. Herr Schneider ist leider auch nicht hier. Sie sollten Geld bereitstellen und einen Fonds gründen, damit verhindert wird, dass die Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Darf ich noch einmal um etwas mehr Ruhe bitten. Wer dem Redner wirklich nicht zuhören möchte, könnte auch nach draußen gehen.

**Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:**  
(fortfahrend)

In der Knorrstraße gibt es Gentrifizierung durch Modernisierung. Sie schauen nur zu. In Bockenheim werden Häuser verkauft und Sie tun nichts. Sie haben auch die Bevölkerung in der Innenstadt/Altstadt und Westend-Nord im Stich gelassen, weil Sie die Erhaltungssatzungen Nr. 49 und Nr. 54 eingestellt haben. Sie wissen doch: ohne den politischen Willen ist die Milieuschutzsatzung ein zahnloser Tiger. Sie sollten nach Berlin schauen, wie dort taff und mutig die Wohnungen rekommunalisiert werden.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von der ÖkoLinX-ARL. Sie haben noch drei Minuten und 50 Sekunden Redezeit. Bitte schön!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Nur noch zwei Anmerkungen, die ich vergessen habe.

(Zurufe)

Ich finde, es ist wirklich ein Skandal, der sich dort im Kulturbereich entwickelt. Die Stiftungsleute, die von Herrn Wentz herangeholt werden - wenn das stimmt, was in der Presse steht, ich gehe einmal davon aus -, sagen, sie wollen daran überhaupt nichts verdienen. Aber das dortige Grundstück auf dem Willy-Brandt-Platz wollen sie 30 Jahre in Erbbaupacht haben. Daran verdienen sie gar nichts, überhaupt nichts. Es ist unglaublich, was sich da abspielt. Ich hoffe, dass das in der Koalition noch einmal diskutiert wird und dass diese Farce gestoppt wird und dass wir uns nicht so einen Skandal an Land ziehen. Das war das eine. Das andere ist die

SPD und Nazi-Vergangenheit. Wir haben auf der einen Seite das mit der VVN, was gerade läuft, jetzt beschert uns die SPD ein Ei in einer Zeit, wo wir einen rechten Rutsch in der Gesellschaft haben. Da wagt es ein SPD-Mitglied, der Innensenator Geisel in Berlin, zu fordern - nach hundert Jahren Nazi-Olympiade -, die Olympiade 2036 nach Berlin zu holen. Ich finde das unglaublich beschämend.

(Beifall)

Das ist der Ausdruck einer niedergehenden Sozialdemokratie, die ans Ende kommt.



Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kliehm von der LINKE.-Fraktion. Sie haben noch fünf Minuten Redezeit. Bitte schön!

**Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte noch einmal unsere Verkehrspolitik skizzieren. Vorweg muss ich sagen, dass ich im Verkehrsausschuss total überrascht war, dass von der AfD nicht ein einziger Antrag zum Verkehr abgegeben wurde. Es gab einmal eine Zeit, da haben Sie wenigstens zum Fluglärm irgendetwas gemacht. Rainer Rahn, Ihr Fraktionsvorsitzender, war noch Spitzenkandidat für den Hessischen Landtag. Jetzt spielt er da keine Rolle mehr. Er schwänzt heute die siebte Landtagssitzung für die Stadtverordnetenversammlung, um hier eine lahme Rede abzugeben. Sie haben fertig.

Im Mittelpunkt der linken Verkehrspolitik - wir haben im Gegensatz zu Ihnen sehr viele Anträge dazu - steht vor allem die sozial-ökologische Frage. Ich weiß, andere machen das ähnlich, aber bei uns steht immer die Kombination von Ökologie mit dem Sozialen im Zusammenhang. Mobilität darf nämlich keine Frage des Einkommens sein. Wir sind uns alle einig: Der RMV muss billiger werden!

Wir haben Anträge, dass der RMV billiger werden soll für Seniorinnen und Senioren. Er soll billiger werden für Kinder. Er soll billiger werden für städtische Bedienstete nach dem hessischen Vorbild. Er soll billiger werden für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II, aber auch für mehr Menschen mit Anspruch auf den Frankfurt-Pass. Dort sollen die Sätze erhöht werden.

Aber am Ende sind wir uns doch einig, der RMV muss billiger werden für alle! Wir müs-

sen da Geld investieren, damit die Qualität letzten Endes gesichert wird. Wir müssen dort Geld investieren - unter anderem -, um eine Rekommunalisierung durchzuführen. Wir brauchen mehr Busbetriebe in kommunaler Verantwortung, auch eine Rekommunalisierung, damit die Busfahrerinnen und Busfahrer endlich gerecht bezahlt werden für ihre verantwortungsvolle Arbeit.

(Beifall)

Der ÖPNV muss ausgebaut werden, zum Beispiel durch eine Verlängerung der Straßenbahnlinien 18 und 16, ...

(Beifall)

... durch Park-and-ride-Plätze, durch Park-and-ride nach Straßburger Modell, wo man gleich eine Tageskarte für den ÖPNV mit erwirbt, durch emissionsfreie Elektrobusse, die mit Strom aus erneuerbaren Energien fahren und nicht aus Kohlestrom.

(Beifall)

Der ÖPNV muss barrierefrei werden, und zwar fristgerecht, und er muss moderner werden. Auch dazu haben wir Anträge. Wir brauchen endlich WLAN - unter anderem in Bahnhöfen - und wir brauchen auch Modernität, einen zügigen Ausbau der Elektroinfrastruktur, der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität. Wir können nicht weiterhin mit den Verbrennungsmotoren vorangehen.

Wir brauchen eine Verkehrswende und vor allem auch eine solche weg vom Auto! Es nützt nichts, wenn wir weiter diesen großen Platzbedarf haben, dann halt nur für Elektroautos. Also eine Verkehrswende. Selbst die CDU hat dieses Wort inzwischen in den Mund genommen. Wir müssen weg vom Auto. Wir brauchen Radschnellwege. Wir brauchen sichere Rad- und Fußwege, wie es auch der Radentscheid fordert. Wir brauchen geschützte Radstreifen. Es nützt nichts, wenn Sie so ein bisschen Farbe auf den Weg pinseln und am Ende doch sechs Verkehrstote haben.

Verkehrswende auch, um Lasten anders zu transportieren. Der Antrag mit den Lastenrädern war zuerst von uns. Eine Verkehrswende bedeutet aber auch, es genügt nicht,